



## MARKT RIMPAR

# NIEDERSCHRIFT ÜBER DIE ÖFFENTLICHE SITZUNG DES MARKTGEMEINDERATES

---

Sitzungsdatum: Donnerstag, 28.03.2019  
Beginn: 19:30 Uhr  
Ende: 21:55 Uhr  
Ort: im Sitzungssaal des Rathauses

---

## ANWESENHEITSLISTE

### **1. Bürgermeister**

Losert, Burkard

### **Mitglieder des Marktgemeinderates**

Bieber, Wolfram  
Bötsch, Bettina  
Fischer, Florian  
Fischer, Josef  
Keidel, Helmut  
Meißner, Robert  
Neumann, Jürgen  
Pototzky, Wilhelm  
Schmid, Harald  
Schneider, Peter  
Voll, Oliver  
Wagenbrenner, Dieter  
Weippert, Elke  
Wetzel, Thomas  
Wiener, Nicole  
Wiesner, Dirk

### **Schrifführer**

Fuchs, Alexander

### **Abwesende und entschuldigte Personen:**

### **Mitglieder des Marktgemeinderates**

Dernbach, Ralf  
Laug, Wolfgang  
Michel, Armin  
Weidner, Bernhard

# TAGESORDNUNG

## Öffentliche Sitzung

- 1 Protokoll vom 21.02.2019
- 2 St. Johannes Verein Gramschatz e.V. - Ahorn Kindergarten; Antrag auf Defizit-  
tausgleich für das Jahr 2018
- 3 Haushaltsplan 2019
  - 3.1 Verwaltungshaushalt 2019
  - 3.2 Vermögenshaushalt 2019
  - 3.3 Haushaltssatzung zum Haushaltsplan 2019
  - 3.4 Finanzplan mit Investitionsprogramm 2018 - 2022
- 4 Verschiedenes

1. Bürgermeister Burkard Losert eröffnet um 19:30 Uhr die öffentliche Sitzung des Marktgemeinderates, begrüßt alle Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit des Marktgemeinderates fest.

## ÖFFENTLICHE SITZUNG

### **1 Protokoll vom 21.02.2019**

Die Sitzungsniederschrift vom 21.02.2019 wird in Erinnerung gerufen und ohne Einwendungen anerkannt. Von Ratsmitglied Meißner kommt lediglich der Hinweis, dass Plakatierungen nicht am Friedhof sondern an der Kirche vermieden werden sollten.

### **2 St. Johannes Verein Gramschatz e.V. - Ahorn Kindergarten; Antrag auf Defizitausgleich für das Jahr 2018**

Geschäftsleiter Fuchs führt zum Antrag des St. Johannesverein Gramschatz e. V., Träger des Ahorn-Kindergarten Gramschatz aus, dass dieser für das Jahr 2018 ein Defizit von 76.836,53 € aus dem laufenden Kindergartenbetrieb und für Investitionen 9.605,19€ erwirtschaftet hat, so dass ein Gesamtdefizit in Höhe von 86.441,72€ entstanden ist.

Aus der Planung für das Jahr 2019 geht ein voraussichtliches Gesamtdefizit in Höhe von 126.000,00 € hervor. Die Verwaltung nahm dies zum Anlass, um ein Gespräch mit der Vorstandschaft des Trägervereins zu suchen. Dabei wurden im Einzelnen die Ausgabenpositionen überprüft und festgestellt, dass bereits die Personalkosten die gesetzliche Förderung durch Freistaat Bayern und Kommune übersteigen. Dieser Posten wurde dann auch detailliert mit der Vorstandschaft besprochen. Zusammenfassend ist festzustellen, dass das Verhältnis der Beschäftigten zu den Buchungszeiten der Kinder nicht konform ist, so dass hier dringend Handlungsbedarf geboten ist. Hier wurde auch seitens der Verwaltung angeboten, den Trägerverein beratend zur Seite zu stehen und in allen Fragen der Förderung oder Personalplanung zu unterstützen. Wäre im Vorfeld der Einstellungen im letzten Jahr der Trägerverein auf die Gemeinde zugekommen, hätte über eine Analyse der Anstellungsschlüssel errechnet werden können.

Nachdem für das vergangene Jahr 2018 keine Handlungsmöglichkeiten mehr gegeben sind, wurden Maßnahmen besprochen, um kurz- und mittelfristig das Defizit zu minimieren. Seitens des Trägervereins werden die Arbeitsverträge überprüft, inwieweit z. B. befristet Beschäftigte weiterbeschäftigt werden können. Seitens der Gemeinde gäbe es die Möglichkeit, einen sogenannten Defizitvertrag mit dem Trägerverein abzuschließen, indem ein Prozentsatz festgesetzt wird, der von der Gemeinde getragen wird. Dieser müsste dann allerdings mit allen freien Kindergartenträger geschlossen werden. Insgesamt war es ein sehr sachliches Gespräch mit der Vorstandschaft, gegenseitiges Verständnis mit dem Ziel, das Defizit in den nächsten Jahren abzubauen.

1. Bürgermeister Losert würdigt die ehrenamtliche Arbeit durch die Verantwortlichen und ergänzt, dass die Gemeinde auf Dialog und Zusammenarbeit setzt. An dem Jahr

2018 kann nichts mehr geändert werden. Er empfiehlt daher den Defizitausgleich zu übernehmen mit der Option, dass Zwischenergebnisse berichtet werden, welche Maßnahmen seitens der Trägerschaft vollzogen wurden, um das Defizit zu minimieren.

Ratsmitglied Schmid möchte eine Berechnung, was 1 Kindergartenplatz in den einzelnen Einrichtungen kostet. „Ein Defizit in der Höhe kann sich Rimpar auf Dauer nicht leisten“. Ziel sollte es sein, einen annähernd ausgewogenen Anstellungsschlüssel in allen Einrichtungen zu fahren, egal ob in kommunaler oder kirchlicher Trägerschaft. 1. Bürgermeister erklärt hierzu, dass der Prüfungsverband festgestellt hat, dass die Gemeinde insgesamt in allen ihrer Kindertageseinrichtungen 378.000,00 € hätte sparen können, wenn der nach dem Gesetz mögliche Anstellungsschlüssel von 1:10 bzw. max. 1:11 angewandt würde. Dies bedeutet bei insgesamt 21 Betreuungsgruppen in allen Einrichtungen ein Defizit im Durchschnitt von 18.000 € je Gruppe. Die Vorstandschaft wird sich deshalb anstrengen müssen, 2019 ein besseres Ergebnis zu erzielen. Er zeigt Verständnis dafür, dass dies in ehrenamtlicher Arbeit nicht so einfach sei und bietet ebenfalls die gemeindliche Unterstützung an.

Ratsmitglied Pototzky hat keinen Zweifel an der wirtschaftlichen Führung des Kindergartens und würde deshalb auch dem Defizitausgleich zustimmen. Für den Haushalt der Gemeinde wäre es vorteilhaft, wenn hier künftig Einsparungen erzielt werden könnten.

Ratsmitglied Wetzel spricht ebenfalls seinen Dank an die ehrenamtlichen Verantwortlichen des St. Johannesvereins aus. Er blickt zurück, als der Kindergarten noch eine Kinderbewahranstalt war und dies mit der heutigen Qualität nicht mehr zu vergleichen ist. Er weist daraufhin, dass der Verein in den letzten 20 Jahren eine kommunale Pflichtaufgabe übernommen habe und die Aussage, dass der Personalschlüssel nicht konform sei, so nicht korrekt ist. Zwar sei der Personalschlüssel auf dem ersten Blick erschreckend, in einer kleinen Einrichtung jedoch wirkt sich 1 Mitarbeiter mehr stärker aus als in einer großen Einrichtung. Auch sind die unterschiedlichen Strukturen in den Einrichtungen in Rimpar, Maidbronn und Gramschatz zu berücksichtigen. So bewirtschaftet beispielsweise das Gebäude in Maidbronn die Gemeinde, in Gramschatz ist der Trägerverein dafür verantwortlich. Auch werden die Verwaltungskosten von den einzelnen Mitarbeiter in der Verwaltung nicht auf die Kindergärten im Haushalt gebucht. Die Folge einer Auflösung des Vereins wäre, dass das Gebäude an die Kirchenstiftung gehe und die Marktgemeinde die Aufgabe hätte, einen Kindergarten zu betreiben. Zuletzt weist er noch daraufhin, dass der Verein immer offen gegenüber der Gemeinde war und alle Zahlen stets veröffentlicht hat.

Der Vorsitzende weist daraufhin, dass die neue Kämmerin die Verwaltungskosten auf die Kindertageseinrichtungen verbucht.

Ratsmitglied Schmid zielt darauf ab, rechtzeitig zu handeln. Er selbst ist sehr lange bereits Vereinsvorsitzender und sieht einen festgezurrten Prozentsatz bei einem Defizitvertrag zu locker. Niemand zwingt den Johannesverein, diese Aufgabe zu übernehmen. Der Marktgemeinderat hat die ehrenamtliche Arbeit stets mit Wertschätzung begleitet und die guten Ergebnisse lobend erwähnt und darf jetzt auch das Defizit kritisieren.

Ratsmitglied Voll sieht ebenfalls Handlungsbedarf und schlägt vor, im Juni/Juli eine „Wasserstandsmeldung“ seitens der Vorstandschaft abzugeben, um anschließend noch genügend Zeit zu haben, entsprechende Maßnahmen einzuleiten. Hierbei sollte das

voraussichtliche Ergebnis zum Jahresende vorgestellt werden, so dass noch genügend Zeit bleibt, zu handeln und entsprechende Anpassungen umzusetzen.

Der Vorsitzende fasst noch einmal kurz zusammen, bedankt sich bei der anwesenden Vorstanderschaft und schlägt vor, das Defizit für das Jahr 2018 in Höhe von insgesamt 86.441,72 € zu übernehmen.

### **Beschluss:**

Der Markt Rimpar übernimmt das Defizit für das Jahr 2018 des St. Johannesvereins Gramschatz e. V., Träger des Ahorn-Kindergartens Gramschatz, von insgesamt 86.441,72 €.

**Beschlossen Ja 17 Nein 0**

## **3 Haushaltsplan 2019**

1. Bürgermeister Losert nennt den Haushalt 2019 einen Spar-Haushalt. Das bedeutet wieder einmal, was ist notwendig und was können und müssen wir erstmal zurückstellen. Und da sind einige auch wünschenswerte Dinge die nicht sofort umgesetzt werden können. Woran liegt das? In den Jahren 2017 und 2018 hat die Marktgemeinde zur Finanzierung des Ankaufs von Ackerflächen für das große Projekt Umgehungsstraße und für die innerörtliche Entwicklung insgesamt 7,3 Mio. € an Krediten aufgenommen. Das schränkt die freie Finanzspanne erheblich ein. Dennoch gelingt es der Marktgemeinde, die notwendige Zuführung zum Vermögenshaushalt zu schaffen, um einen genehmigungsfähigen Haushalt für 2019 vorlegen zu können.

Bei allen Entscheidungen ist deshalb immer ein kritischer Blick auf den Kontostand der Gemeinde zu richten. Im Blick auf die laufenden und noch anstehenden großen Aufgaben ist dies eine besondere Herausforderung. Die großen Posten sind: die Baumaßnahmen in Höhe von 6 Mio. € wie beispielsweise die Hans Böckler Straße, der Kinderhort Matthias-Ehrenfried-Schule, die Wasserversorgung Gramschatz, der Grunderwerb in Höhe von 1,1 Mio. € und auch die ordentliche Tilgung in Höhe von 944.000,00 €. In der Summe gibt dies im Vermögenshaushalt rund 8 Mio. €. Leider gibt es auch immer noch keine endgültige Regelung, wie das mit den Straßenausbaubeiträgen vollzogen wird.

Weitere Projekte sollen in Geschäftsbesorgungsverträgen erfolgen. Eine Finanzierung im Haushaltsplan wäre nicht zu stemmen. Es handelt sich hier um Projekte die für die Weiterentwicklung unserer Marktgemeinde sehr wichtig sind, nämlich das Ärztehaus, die Kindertageseinrichtung und Tagespflege in der Austraße, das Baugebiet Bickelsgraben in Maidbronn, der Bau der West- und Südumgehung sowie der Einbahnring am Marktplatz

Wir sind uns bewusst, dass diese großen Brocken wichtige Signale für unsere künftige Entwicklung sind. Wir brauchen das Bekenntnis dies auch zu wollen, damit wir die Finanzierung dieser großen Aufgaben hinkriegen. Unsere Pflichtaufgaben müssen wir vernünftig erbringen. Die dauernde Leistungsfähigkeit ist in den nächsten 3-4 Jahren gering. Wir müssen diese Durststrecke durchstehen. Ab 2022 sollte unser Handlungsspielraum wieder besser werden. Die schwerwiegenden Ausgaben mit hoher Zukunftsbelastung dürfen wir nicht außer Acht lassen. Denn wir wissen nur zu gut wie schnell magere Jahre über uns hereinbrechen können.

Die 15,2 Mio. € Verbindlichkeiten sind keine Konsumschulden. Es sind Investitionen mit denen wir Zukunft gestalten. Die Verbindlichkeiten sind langfristig auf sehr niedrigem Zins-Niveau vereinbart. Der Ausgleich für den Gesamthaushalt 2019 in Höhe von 24,6 Mio. € ist der allgemein guten Entwicklung bei den Steuereinnahmen geschuldet die alle öffentlichen Haushalte erreicht. Es ist trotz aller Umstände noch möglich, dass wir bei der Zuführung zum Vermögenshaushalt mehr als die Pflichtsumme verbuchen können.

Der Schuldendienst in Höhe von 944.000,00 € kann noch erwirtschaftet werden durch eine Zuführung in den Vermögenshaushalt in Höhe von 1,2 Mio. €. Gewerbesteuer, Einkommensteuer. Schlüsselzuweisungen bilden dabei eine wichtige Summe zu unseren Gunsten. Bevor 1. Bürgermeister Losert allen Marktgemeinderatsmitgliedern trotz der nicht besonders guten Voraussetzungen eine gute Beratung und vernünftige Entscheidungen wünscht, verweist er noch auf die zahlreichen Vorbesprechungen in der Verwaltung mit der Kämmerin Mona Oßwald, dem Bauamtsleiter Marco Göbet und dem Geschäftsleiter Alexander Fuchs, in denen das oberste Ziel war, einen ausgeglichenen Haushalt ohne neue Schulden zustande zu bringen.

### **3.1 Verwaltungshaushalt 2019**

Der Vorsitzende schlägt vor, die Einzelpläne 0 – 9 im Verwaltungshaushalt einzeln durchzusprechen und Fragen dazu an die Verwaltung zu richten

Ratsmitglied Schmid fragt nach dem Grund der Steigerung des Ansatzes beim Büromaterial. Er habe den Eindruck, dass in den vergangenen Jahren viele Ausgaben irgendwo im Haushalt untergegangen sind und bedankt sich bereits eingangs der Beratungen dafür, dass dies künftig besser werden wird.

Ratsmitglied Wetzl kritisiert die hohen Kosten der Loseblatt-Sammlungen und fragt nach der Digitalisierung sowie nach den EDV-Kosten. Kämmerin Oßwald erläutert, dass die Ausgaben für die EDV wie in den vergangenen Jahren liegen, jedoch diese auf verschiedene Haushaltsstellen verteilt sind, nämlich dort wo sie anfallen, werden sie auch gebucht. Geschäftsleiter Fuchs ergänzt, dass bereits die ersten Ergänzungslieferungen für die Loseblatt-Sammlungen gekündigt sind und weitere folgen werden. Eine Umstellung auf die Juris-Datenbank wird folgen.

Der Einzelplan 0 wird zustimmend zur Kenntnis genommen: 17:0

Auf die Anfrage von Ratsmitglied Pototzky beim Einzelplan 1, ob die Senkung des Seniorenabos eine Schätzung der Verwaltung sei, führt Kämmerin Oßwald aus, sollte die Nachfrage höher sein, dies die Gemeinde ausgleicht und zahlt, so dass sich im Gegenzug aber auch die Einnahmen erhöhen werden.

Der Einzelplan 1 wird zustimmend zur Kenntnis genommen: 17:0

Beim Einzelplan 2 fragt Ratsmitglied Pototzky warum die Lernmittel von 5000 € auf 1.500 € gekürzt wurden. Kämmerin Oßwald führt dies auf die Rechnungsergebnisse der letzten Jahre zurück, in denen nie mehr als die 1.500 € gebraucht wurden.

Der Einzelplan 2 wird zustimmend zur Kenntnis genommen: 17:0

Zum Einzelplan 3 gibt es keine Wortmeldungen und wird zustimmend zur Kenntnis genommen: 17: 0

Beim Einzelplan 4 bedauert Ratsmitglied Voll, dass für den Unterhalt der Bolz- und Spielplätze der Ansatz auf 2.000 € reduziert wurde. Es wäre gut, wenn die Gemeinde hier etwas mehr machen könnte. 1. Bürgermeister Losert hat bereits mit der Bauabteilung gesprochen und möchte die Blühflächen wachsen lassen im Rahmen des Artenschutzes, so dass beim Unterhalt im Bereich Grünflächen Einsparungen sich ergeben. Ratsmitglied Wetzel ergänzt, dass dies in Rimpar aktuell veröffentlicht werden sollte.

Ratsmitglied Schmid kommt noch einmal auf seine im Vorfeld an die Verwaltung gerichtete Frage zurück und stellt fest, dass die ursprüngliche Deckelung von 5000 € Zuschuss für den Ferienspielplatz mittlerweile bei über 7.000 € angekommen ist. Auch fehlen die Personalkosten des Sozialpädagogen, die doch nach eigener Aussage einen großen Anteil seiner Arbeitszeit in Anspruch nimmt. Kämmerin Oßwald bedankt sich für den Hinweis und erläutert, dass die angesprochenen Mehrkosten über eine Reduzierung des Ansatzes bei der Deckungsreserve für die Personalkosten gedeckt wurde und somit der Verwaltungshaushalt wieder ausgeglichen ist.

Auf die Anfrage von Ratsmitglied Pototzky, warum der Zuschuss an den Kindergartenverein St. Afra in Maidbronn gekürzt wurde, antwortet Frau Oßwald, dass in den letzten beiden Jahren kein Defizit erwirtschaftet wurde und deshalb der Ansatz gekürzt wurde.

Ratsmitglied Wetzel verweist allgemein darauf, dass bei den Haushaltsansätzen keinerlei Kostensteigerungen eingerechnet sind, obwohl doch realistisch betrachtet, diese jährlich mindestens 2 v. H. betragen. Kämmerin Oßwald weist auf die Finanzplanung hin, in der die Steigerungen ab dem Jahr 2021 eingerechnet sind.

Der Einzelplan 4 wird zustimmend zur Kenntnis genommen: 17:0

Zum Einzelplan 5 gibt es keine Wortmeldungen und wird zustimmend zur Kenntnis genommen: 17:0

Auf die Anfrage von Ratsmitglied Pototzky im Einzelplan 6, warum die Personalkosten in der Bauverwaltung gestiegen sind, erklärt Kämmerin Oßwald, dass dort eine Beamtin ausgeschieden ist und durch einen Angestellten ersetzt wurde, so dass sich die Beamtenbezüge reduzieren und die Ansätze für Tarifbeschäftigte sich erhöhen. 1. Bürgermeister Losert ergänzt, dass in der Bauverwaltung insgesamt 5 Beschäftigte und 1 Beamter, davon 1 Beschäftigter in Altersteilzeit sich befinden.

Ratsmitglied Schmid fragt nach, warum bei den Straßenunterhaltungskosten keine Personalkosten enthalten sind. Kämmerin Oßwald erläutert, dass dies im Laufe des Jahres umgesetzt werde und somit ab dem Haushalt 2020 dies auch ausgewiesen wird.

Der Einzelplan 6 wird zustimmend zur Kenntnis genommen: 17:0

Im Einzelplan 7 stellt Ratsmitglied Wetzel fest, dass der Ansatz bei den Kanalbenutzungsgebühren 2019 niedriger ist als der im Jahre 2018. Kämmerin Oßwald erklärt, dass diese derzeit vom Bayerischen kommunalen Prüfungsverband neu kalkuliert werden und die Neuberechnung in den Finanzplan 2020 einfließen wird.

Der Einzelplan 7 wird zustimmend zur Kenntnis genommen: 17:0

Ratsmitglied Dernbach weist im Einzelplan 8 beim Wald auf ein Defizit in Höhe von 70.000 € hin. Frau Oßwald erläutert hierzu, dass die beantragten Zuwendungen haushaltsrechtlich oft erst im darauffolgenden Jahr kassenwirksam werden. Auch für das laufende Haushaltsjahr erwarten wir die beantragten Zuwendungen erst 2020. 1. Bürgermeister Losert ergänzt, dass ein Rechnungsergebnis in Höhe des Vorjahres erwartet wird.

Die Steigerung bei den Miet- und Pachteinnahmen auf Anfrage von Ratsmitglied Wetzel erklärt die Kämmerin mit dem neuen Anwesen in der Niederhofer Straße 7 sowie mit den zusätzlichen Pachteinnahmen durch den Grunderwerb, der im letzten Jahr erfolgte. Ratsmitglied Schmid regt an, Zuschüsse für Notunterkünfte bei der Bundesagentur, Sozialamt etc. abzurufen, sobald dort ein neues Programm startet.

Der Einzelplan 8 wird zustimmend zur Kenntnis genommen: 17:0

Im Einzelplan 9 fragt Ratsmitglied Pototzky, weshalb die Verwarnungsgebühren im Vergleich zum Vorjahr gesenkt wurden. Kämmerin Oßwald antwortet, dass die eingeplanten 15.000 € im letzten Jahr nicht erreicht wurden und deshalb der Ansatz reduziert wurde. Ratsmitglied Pototzky fordert in dem Zusammenhang mehr Kontrollen.

1. Bürgermeister Losert weist daraufhin, dass mehr Kontrollen auch mehr Ausgaben für Personal und Technik bedeuten. Die Kontrollen sollen den Erziehungseffekt fördern und nicht den Haushalt der Marktgemeinde aufbessern.

Der Einzelplan 9 wird zustimmend zur Kenntnis genommen: 17:0

Der Vorsitzende schließt die Beratung des Verwaltungshaushaltes ab, der insgesamt ein Volumen von 16 Mio. € ausweist.

**Zur Kenntnis genommen Ja 17 Nein 0**

### **3.2 Vermögenshaushalt 2019**

Der Vorsitzende kommt nun zum Vermögenshaushalt, in dem wie im Verwaltungshaushalt die Einzelpläne 0 – 9 beraten werden.

Im Einzelplan 0 freut sich Ratsmitglied Schmid auf den Tag, an dem die Brandmeldeanlage nicht mehr im Haushalt steht.

Einzelplan 0 wird zustimmend zur Kenntnis genommen: 17:0

Zum Einzelplan 1, 2 und 3 gibt es keine Wortmeldungen und werden zustimmend zur Kenntnis genommen: 17:0

Zum Einzelplan 4 fragt Ratsmitglied Voll nach einem Brandschutzkonzept für das Jugendzentrum. 1. Bürgermeister Losert weist daraufhin, dass beim Bayerischen Jugendring die Förderung bereits beantragt wurde, eine Baufreigabe aber noch nicht erfolgte. In diesem Jahr ist die Sanierung des Gastraumes im Jugendzentrum vorgesehen, sobald die Baufreigabe da ist. Weitere Maßnahmen folgen dann im Jahr 2020.

Auf die Anfrage von Ratsmitglied Wetzel, inwieweit in Eigenregie der Umbau des Jugendzentrums trotz Förderung günstiger gestaltet werden kann, antwortet der Vorsitzende, dass wo es möglich ist, die Jugendliche mit eingebunden werden, jedoch mit dem Jugendring genau abgeklärt werden muss, ob dies förderschädlich ist.

Ratsmitglied Schmid bedauert die Kürzung der Ansätze bei den Spielplätzen, die dadurch immer schlechter werden. 1. Bürgermeister Losert verspricht, dass die Techniker im Bauamt so effizient wie möglich mit den vorhandenen bescheidenen Mitteln umgehen werden.

Einzelplan 4 wird zustimmend zur Kenntnis genommen: 17:0

Zum Einzelplan 5 gibt es keine Wortmeldungen und wird zustimmend zur Kenntnis genommen: 17:0

Beim Einzelplan 6 verweist Ratsmitglied Wetzel auf die Tiefbaumaßnahme Winkelgasse. Dort sind noch Ausgaben in Höhe von 155.000 € zu tätigen. Gleichzeitig sind keine Einnahmen durch Grundstücksverkäufe eingeplant. Kämmerin Oßwald erläutert, dass es sich bei den 155.000 € um die Schlusszahlung handelt, die die Gemeinde bei der Abrechnung über Bayerngrund noch zu zahlen hat. Zuletzt wurden die restlichen Grundstücksverkäufe nicht mehr über Bayerngrund sondern über den Haushalt abgewickelt, so dass jetzt noch die Restschuld bei Bayerngrund zu begleichen ist.

Auf die Anfrage von Ratsmitglied Josef Fischer, warum beim Baugebiet „Wasserleiten“ kein Ansatz im Haushalt vorgesehen ist, entgegnet 1. Bürgermeister Losert, dass das Baugebiet eng verknüpft ist mit der Westumgehung und diese über einen Investor abgewickelt wird, so dass im Haushalt kein Ansatz dafür notwendig ist.

Einzelplan 6 wird zustimmend zur Kenntnis genommen: 17:0

Ratsmitglied Wetzel fragt im Einzelplan 7 nach dem Ausbau der Hans-Böckler-Straße, in der nochmals 280.000 € eingeplant sind. Kämmerin Oßwald antwortet, dass dies die Baumaßnahmen für Wasser- und Kanalarbeiten sind und die wiederum als kostenrechende Einrichtung in die Gebührenkalkulation mit einfließen.

Ratsmitglied Pototzky fragt nach dem Radweg vom Sportplatz Richtung Wald, Breite Weg. Der Vorsitzende Losert erläutert, dass der Landkreis bereits eine Förderung in Aussicht gestellt hat, die Maßnahme auch im nächsten Jahr vollzogen werden kann, ohne dass dies zuschussschädlich wäre.

Einzelplan 7 wird zustimmend zur Kenntnis genommen: 18:0

Zum Einzelplan 8 fragt Ratsmitglied Schmid nach der geplanten Photovoltaikanlage für die Alte Knabenschule. Diese sei als „Schwebeposten“ im Haushalt. 1. Bürgermeister Losert antwortet, dass darüber auch in der Bauverwaltung eine geteilte Meinung herrsche, die Maßnahme dieses Jahr jedoch nicht machbar sei und demzufolge als Schwebeposten für nächstes Jahr vorgesehen ist. Ratsmitglied Pototzky weist daraufhin, dass nicht die Bauverwaltung sondern der Marktgemeinderat über die Photovoltaikanlage entscheidet und eine rentierliche Investition nicht gestrichen werden sollte, ist aber mit einverstanden, die Maßnahme im Jahr 2020 anzugehen.

Ratsmitglied Schmid erläutert weiter, dass die Marktgemeinde bei der Wasserversorgung in Gramschatz in Vorleistung getreten ist. Da im vergangenen Jahr keine Herstellungsbeiträge umgelegt wurden, sollte in diesem Jahr so viel wie möglich umgelegt werden. Allerdings sollten die Bürger nicht in einer Summe damit belastet werden, sondern in 2 oder mehr Raten. 1. Bürgermeister ergänzt hierzu, dass der Hebesatz in der Satzung festgelegt werde, bis Juli über ein Ingenieurbüro die Kosten ermittelt werden sollen, so dass dann die Vorauszahlungsbescheide erlassen werden können. Das Zahlungsziel mit der Möglichkeit der Ratenzahlung kann im Bescheid festgesetzt werden.

Ratsmitglied Wetzel verweist auf Anliegerbeiträge, die mit 15.000 € als Ausgabe im Haushalt stehen. Kämmerin Oßwald erklärt, dass noch eine Schlussrechnung für die Wasserversorgung „Berliner Platz“ fällig ist und dieser Ausgabeposten nichts mit Beiträgen zu tun hat.

Auf die Anfrage von Ratsmitglied Meißner, warum für die Dorferneuerung in Maidbronn keine Ansätze im Haushalt sind, antwortet 1. Bürgermeister Losert, dass die Maßnahme „Kirchplatz Maidbronn“ abgeschlossen ist und weitere Maßnahmen zunächst mit dem Amt für ländliche Entwicklung besprochen und abzustimmen sind, so dass für 2019 kein Ansatz notwendig ist.

Einzelplan 8 wird zustimmend zur Kenntnis genommen: 17:0

Ratsmitglied Wetzel spricht im Einzelplan 9 die Entnahme aus der Rücklage an, worauf die Kämmerin erklärt, dass der Sollüberschuss vom vergangenen Jahr immer gleich im darauffolgenden Haushaltsjahr als Einnahme im Vermögenshaushalt angesetzt wird. Sie hoffe auch dieses Jahr, dass nicht alle Maßnahmen umgesetzt und realisiert werden können und somit wieder ein Überschuss erzielt werden kann. Ratsmitglied Wetzel lobt daraufhin die offene Art und Weise der Kämmerin, die erfrischend und kompetent zu allen Fragen Auskunft geben kann. Das Gremium schließt sich dessen mit viel Applaus an.

1. Bürgermeister Losert bedankt sich ebenfalls, weist daraufhin, dass der Vermögenshaushalt trotz zahlreicher Einsparungen immer noch ein Volumen von 8 Mio. € hat.

Der Einzelplan 9 wird zustimmend zur Kenntnis genommen: 17:0

**Zur Kenntnis genommen Ja 17 Nein 0**

### **3.3 Haushaltssatzung zum Haushaltsplan 2019**

Durch die ausführlichen Beratungen des Verwaltungs- und Vermögenshaushaltes ergibt sich folgende Haushaltssatzung, die vom Marktgemeinderat beschlossen wird.

#### **Beschluss:**

Der Marktgemeinderat beschließt folgende

### **Haushaltssatzung des Marktes Rimpar**

**(Landkreis Würzburg)**

**für das Haushaltsjahr 2019**

Aufgrund des Art. 63 ff. der Gemeindeordnung erlässt der Markt Rimpar folgende Haushaltssatzung:

**§ 1**

Der als Anlage beigefügte Haushaltsplan für das Haushaltsjahr **2019** wird hiermit festgesetzt, er schließt

im <b>Verwaltungshaushalt</b>	in den Einnahmen und Ausgaben mit	16.143.084 €
-------------------------------	--------------------------------------	--------------

und im <b>Vermögenshaushalt</b>	in den Einnahmen und Ausgaben mit	8.470.741 €
---------------------------------	--------------------------------------	-------------

ab.

**§ 2**

Der Gesamtbetrag der Kreditaufnahme für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen wird auf **0 €** festgesetzt.

**§ 3**

Verpflichtungsermächtigungen im Vermögenshaushalt werden **nicht** festgesetzt.

## § 4

Die Steuersätze (Hebesätze) für nachstehende Gemeindesteuern werden wie folgt festgesetzt:

### 1. Grundsteuer

- |   |           |
|---|-----------|
| a) für die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe (A) | 340 v. H. |
| b) für die Grundstücke (B)                              | 340 v. H. |

### 2. Gewerbesteuer

380 v. H.

## § 5

Der Höchstbetrag der Kassenkredite zur rechtzeitigen Leistung von Ausgaben nach dem Haushaltsplan wird auf **2.650.000 €** festgesetzt.

## § 6

Diese Haushaltssatzung tritt mit dem **1. Januar 2019** in Kraft.

Rimpar, 29.03.2019  
MARKT RIMPAR

Losert  
1. Bürgermeister

---

Der Marktgemeinderat stimmt dem Stellenplan zum Haushaltsplan 2019 zu.

---

Der Marktgemeinderat stimmt dem Finanzplan mit Investitionsprogramm 2018 – 2022 zu.

**Beschlossen Ja 17 Nein 0**

### **3.4 Finanzplan mit Investitionsprogramm 2018 - 2022**

Kämmerin Oßwald führt aus, dass nach dem Finanzplan in den kommenden Jahren mit Zuführungen vom Verwaltungs- an den Vermögenshaushalt mit Beträgen zwischen 640.000 € und 660.000 € zu rechnen ist. Die Zuführung sollte mindestens so hoch sein,

dass damit die ordentliche Tilgung von Krediten gedeckt werden können. Die Tilgungen werden im Haushaltsjahr 2022 ihren Höchstwert mit 1.020.900 € erreichen und erst ab dem Haushaltsjahr 2023 nach Tilgung von zwei Krediten wieder sinken. Demnach deckt die Zuführung die Tilgungsleistungen in den kommenden Jahren nicht. Außerdem müssten weitere Kredite aufgenommen werden, um die Investitionen im Vermögenshaushalt decken zu können.

Die Marktgemeinde Rimpfing kann sich allerdings keine weiteren Kreditaufnahmen mehr leisten, demnach müssen die Einnahmen im Verwaltungshaushalt in den kommenden Jahren steigen, damit die Zuführung vom Verwaltungs- zum Vermögenshaushalt steigt. Und die geplanten Investitionen müssen nochmals kritisch geprüft und nach Priorität sortiert werden, um dann einen ordentlichen Finanzplan für die Zukunft aufbauen zu können.

Ratsmitglied Schmid ergänzt, dass es deshalb umso wichtiger sei, das Baugebiet „Wasserleiten“ zu forcieren, da in diesem Gebiet bereits derzeit viele Grundstücke der Marktgemeinde liegen und demnach die Einnahmesituation im Vermögenshaushalt durch die Grundstücksverkäufe gezielt verbessert werden kann. 1. Bürgermeister Losert ergänzt, dass über diesen Weg auch eine Zuführung vom Vermögens- in den Verwaltungshaushalt möglich sei, sollte dieser einmal nicht ausgeglichen werden können.

Ratsmitglied Pototzky führt zusammenfassend zu den Haushaltsberatungen folgendes aus:

Der Anstand gebietet, der Kämmerin und anderen Mitarbeitern unseren aufrichtigen Dank für die geleistete Arbeit auszusprechen. Doch die hat sicher keine Freude gemacht. Genauso, wie es auch uns keine Freude macht, und auch keine Zufriedenheit aufkommt, wenn wir heute diesem Haushalt zustimmen und ihn verabschieden werden. Denn das Ergebnis ist frustrierend: Um den Haushalt auszugleichen, mussten viele Mittelanforderungen gekürzt und Haushaltsposten reduziert oder gestrichen werden, vieles wurde ins nächste Jahr verschoben. Um nur einiges zu nennen: Lehr- und Unterrichtsmaterial, Zuschüsse zum Kindergarten Maidbrunn, Sanierung, Kinderspielplätze, Wärmedämmung im Kinderhort, Multifunktionsplatz, Radwegbau, PV-Anlage, u.v.m., Dinge, die weh tun, manchen auch ärgern werden, sicher nicht nur ein Verzicht auf Luxusvorhaben, sondern Einsparungen an Dingen, die eine Gemeinde lebenswert machen. Und es ist kein Trost, dass bei so vielem anderen ebenfalls gespart wird.

Da muss doch die Frage gestellt werden, woran liegt diese Misere? Wer trägt da Verantwortung oder gar Schuld? Um es vorweg zu sagen, die Kämmerin bestimmt nicht. Aber wer dann? Wir Gemeinderäte mit unseren maßlosen Extrawünschen? Ich glaube auch nicht, dass sich hier jemand im Gremium angesprochen fühlt. Vielleicht die Freien Wähler und die Staatsregierung, die die Straßenausbaubeiträge abgeschafft haben, ohne für eine Kompensation zu sorgen. Vielleicht der Landkreis, der die Kreisumlage nicht weiter senkt, obwohl dort genug Geld da ist? Vielleicht die Gewerbebetriebe, die geschickt genug sind, Gewerbesteuern einzusparen. Oder liegt es vielleicht doch an der Umgehungsstraße, die uns jetzt schon durch Kosten für Planung und Grunderwerb stranguliert. Und für die wir keine Rücklagen gebildet haben. Und von der wir noch immer nicht wissen, was sie uns am Ende Kosten wird.

Lasst uns nun aber nach vorne schauen, was können wir tun? Wir müssen uns Sorgen machen, wie das weitergehen soll. Wer nur noch spart, verliert an Gestaltungsspielräume, an Bedeutung, an Lebensqualität. Und auch an der Bereitschaft von Bürgern, ein

Ehrenamt wie das des Gemeinderates zu übernehmen. Wir wissen, dass es auch in den nächsten Jahren nicht einfach werden wird, einen ausgeglichenen Haushalt aufzustellen.

Was schlagen wir dazu vor:

Eine ehrliche mittelfristige Finanzplanung, in dem geschätzte Kosten für unsere geplanten Investitionen enthalten sind

Wir brauchen ein besseres Projektmanagement mit Finanz-, Zeit- und Ablaufplanungen unserer größeren Projekte

Wir schlagen vor, einen Mitarbeiter in der Verwaltung mit der Aufgabe zu betrauen, das Einsparpotential bei den Bewirtschaftungskosten unserer Gebäude zu untersuchen um diese zu senken. Das wäre ein Einstieg in ein umfassenderes Facility-Management (Das Ziel des Facility Management ist es die Betriebs- und Bewirtschaftungskosten dauerhaft zu senken, Fixkosten zu flexibilisieren, die technische Verfügbarkeit der Anlagen zu sichern sowie den Ertrag einer Immobilie zu steigern bzw. eine langfristige Werterhaltung der Immobilie zu sichern.)

Eine Sichtbarmachung und Bezifferung der Maßnahmen und Mittel, mit denen wir unsere Vereine fördern, unsere Gebührenordnungen zu überprüfen, eine Parkraumbewirtschaftung einführen

Vergabe und Verlängerung von Dienstleistungsverträgen sollten nur noch nach Ausschreibungen vorgenommen werden (Stichwort: rimpar aktuell)

Kostendeckende Einrichtungen (Wasser, Friedhof) sind auch genauso zu kalkulieren, dass diese nicht durch allgemeine Haushaltsmittel subventioniert werden

Und dann, ganz zuletzt, ist auch die Frage nach einer Erhöhung der Hebesätze für Gewerbe- und Grundsteuern zu stellen.

So können wir jetzt schon anfangen um zu verhindern, dass wir uns im nächsten Jahr wieder in der gleichen Situation befinden.

Ratsmitglied Schmid fasst ebenfalls zusammen und führt aus, dass die SPD-Fraktion ihre Punkte eingebracht habe und erkannt hat, dass der Haushalt, so wie er jetzt dem Gremium präsentiert wird, eine wesentliche Verbesserung der Qualität besitzt. Ein besonderer Dank hierfür gebührt der Kämmerei und natürlich der Kämmerin. Bei den Hebesätzen sieht er Rimpar bereits an der oberen Grenze des machbaren angekommen und verweist auf das soziale Gesicht Rimpars. Bei allen Entscheidungen die anstehen, muss eines immer klar sein. Es muss für die Bürgerinnen und Bürger finanzierbar bleiben.

Ratsmitglied Dernbach schließt sich dem Dank der Vorredner an und gratuliert der Kämmerin für die hervorragende Arbeit. Er sieht in dem Haushalt und der vorgelegten Finanzplanung viele Jahre des Sparens. Dennoch wird es der Marktgemeinde gelingen, die angestoßenen Projekte fortzusetzen. Alle Marktgemeinderäte können davon ausgehen, dass spätestens mit der Amtsperiode des Marktgemeinderates im Jahre 2026 neue Perspektiven und Schwerpunkte entstehen, da bis dahin sehr viel gemacht ist und dann auch Schulden wieder abgebaut werden können.

## **Beschluss:**

Der Marktgemeinderat stimmt dem Finanzplan mit Investitionsprogramm 2018 – 2022 zu.

**Beschlossen Ja 17 Nein 0**

### **4 Verschiedenes**

Geschäftsleiter Fuchs führt aus, dass die geplante Umsetzung der Ausweitung des Elternbeitragszuschusses in Höhe von 100 € ab dem 1. Kindergartenjahr mit Wirkung vom 01.04.2019 derzeit noch nicht vollzogen werden kann. Zum einen fehlt noch die Gesetzesgrundlage und zum anderen kann dies auch technisch in dem Abrechnungsprogramm KiBiGWeb noch nicht umgesetzt werden. Der Einfachheit halber wird deshalb die Kindergartengebühr bis zum Ende des Kindergartenjahres abgebucht und nach Verabschiedung der Gesetzesgrundlage und möglicher technischer Umsetzung diese rückwirkend wieder erstattet. Das Landratsamt Würzburg hat mitgeteilt, dass sie bei der Übernahme der Kindergartengebühr nach § 90 SGB VIII analog verfahren, so dass die Anspruchsberechtigten die Leistung rückwirkend an das Landratsamt überweisen müssen.

Ratsmitglied Wetzel schlägt eine Gebührenanpassung bei der Kindergartengebührensatzung vor, da die untersten Buchungskategorien unter 100 € liegen und demzufolge nur der tatsächliche Gebührensatz vom Freistaat Bayern ersetzt wird.

Ratsmitglied Pototzky verweist auf den umfänglichen Antrag der IGU-Fraktion bezüglich der Verkehrsmaßnahmen. 1. Bürgermeister Losert erwidert, dass hierzu Herr Nuber vom Büro Meier Aussagen dazu treffen wird und diese dem Marktgemeinderat vorstellt

Ratsmitglied Schmid unterstützt den Antrag von Ratsmitglied Voll, bei Beschlüssen des Marktgemeinderates die Haushaltsstelle zu benennen und sofern die Mittel dort nicht ausreichen, zwingend einen Deckungsvorschlag zu machen. Der Vorsitzende verweist darauf, dass dies haushaltsrechtlich vorgeschrieben ist und demzufolge ist ein Deckungsvorschlag immer dann zu machen, sofern die Mittel auf der Haushaltsstelle nicht ausreichen.

1. Bürgermeister Burkard Losert schließt um 21:55 Uhr die öffentliche Sitzung des Marktgemeinderates.

Vorsitz

Schriftführung

Burkard Losert  
1. Bürgermeister

Alexander Fuchs  
Geschäftsleiter